

Im Gespräch

VERSORGUNGSMÄNGEL IN DER SOZIALEN ARBEIT

Joß Steinke fordert bundesweite Meldestelle

„Die Rahmenbedingungen für Beschäftigte im sozialen Sektor werden politisch gesetzt – es gibt keinen Markt, der es richten wird.“ So argumentiert Dr. Joß Steinke, DRK-Verbandsmanager und Mitautor der Studie „Vor dem Kollaps!?", die den sozialen Sektor als Ganzes in den Blick nimmt und aktuelle Statistiken zeigt. Unter anderem dass der Lohnunterschied zu nicht sozialen Berufen gesunken ist. Aber auch dass der große Wettbewerb um Arbeitskräfte erst noch kommt. Bei der Vorstellung der Studie in Berlin forderte Steinke eine bundesweite Meldestelle für Versorgungsmängel in der Sozialen Arbeit sowie ein systematisches Erfassen von Angebotsstrukturen auf Bundesebene, vergleichbar mit dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Nur wenn Lücken benannt und dokumentiert würden, habe man einen Ausgangspunkt, um den Hebel für zielgerichtete Verbesserungen anzusetzen.

Die Studie ist im De-Gruyter-Verlag erschienen und digital kostenfrei erhältlich:
<https://kurzelinks.de/mffd>

SELBSTVERTRETUNG

10 Jahre Care Leaver e. V.

Junge Menschen aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und Pflegefamilien unterstützen sich selbst auf dem Weg in die Selbstständigkeit: Der Care Leaver e.V. feiert dieses Jahr sein zehnjähriges Jubiläum. Wer sich für die Arbeit des Vereins interessiert, kann viermal pro Jahr bei einer Online-Happy-Hour reinschauen – die nächsten Male am 25. Juli und am 24. Oktober, jeweils 20 Uhr. Der Link zur Teilnahme ist vorher auf www.careleaver.de unter „Aktuelles/Veranstaltungen“ zu finden. Für soziale Fachkräfte gibt es im Juni und September auch interessante Workshops zu Vormundschaft und Einrichtungsaufsicht.

BÜRGERGELD-BINGO

Fakten statt Fake über Armut

Was lässt sich von 563 Euro alles bezahlen? Unter www.buergergeld-bingo.de kann jede*r ausprobieren, wie es ist, mit dem Existenzminimum zu leben. So geht's: Verteile 563 Euro auf 12 Lebensbereiche. Bist du ins Minus geraten, musst du kürzen – und bei 0 angekommen, heißt es „Bingo"! Mit dem Planspiel will die Diakonie mit Vorurteilen aufräumen und die Öffentlichkeit für die Lebenswelt von Menschen in Armut sensibilisieren.



VORMUNDSCHAFT

Forderung: „Fallzahlen auf 30 begrenzen!“

Der Praxisbeirat Amtsvormundschaft des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) und das Bundesforum Vormundschaft und Pflegschaft haben eine Empfehlung mit dem Titel „Verantwortung braucht angemessene Ressourcen – Schluss mit Fallzahlbingo in der Vormundschaft!“ veröffentlicht. Sie schlagen vor, die Anzahl der Fälle auf dreißig zu begrenzen, basierend auf einer ausführlichen Argumentation zu Verantwortung und Zeitaufwand. Ähnliche Empfehlungen wurden bereits in den „Hinweisen an die Gesetzgebung zu notwendigen Neuerungen im SGB VIII für eine kinderrechtsbasierte Vormundschaft“ Ende Oktober 2023 gemacht. Das Bundesforum, das DIJuF und andere Beteiligte werden auf Grundlage dieser Empfehlung erneut mit der Politik sprechen.

Mehr Info: <https://kurzelinks.de/iw0g>

NETZWERK KRISENERFAHRENE PROFIS

Austausch für selbst Betroffene im psychosozialen Bereich

Das Netzwerk krisenerfahrener Profis (KEP) ist eine Gruppe von Fachkräften im psychotherapeutischen und psychosozialen Hilfebereich, die in ihrem Leben selbst von psychischen Krisen/ psychischen Erkrankungen betroffen waren oder sind: Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen, Pädagog*innen, Krankenpfleger*innen und Psychiater*innen. Anlass für die Gründung war die Erfahrung, dass es immer noch ein großes Tabu ist, sich als Fachkraft offen mit eigenen psychischen Problemen zu zeigen. Das Netzwerk will den Teufelskreis von (Selbst-)Stigma und struktureller Diskriminierung durchbrechen und vertritt eine aktivistische und entstigmatisierende Haltung, die zugleich fachlich und erfahrungsbasiert ist.

Seit Oktober 2022 gibt es einmal pro Monat eine Videokonferenz. Die Treffen sind kostenlos und offen für Mitgestaltung und setzen sich aus fachlichem Input und Erfahrungsaustausch zusammen. Der Wochentag, an dem die Treffen stattfinden, variiert, sodass möglichst viele Menschen teilnehmen können. Falls ihr selbst als betroffene Fachkraft im psychosozialen Bereich tätig seid und ihr Lust auf Austausch und Mitwirkung habt, meldet euch gerne unter krisenerfahreneprofis@gmail.com.

Mehr Info: <http://inwuerde.de/kep> oder [kep_krisenerfahrene_profis](https://www.instagram.com/kep_krisenerfahrene_profis) bei Instagram

Auch im DBSH hat sich eine AG „Mentale Gesundheit“ gegründet, die sich unter anderem mit eigenen Krisenerfahrungen von Sozialarbeiter*innen befasst und mit dem DBSH-Funktionsbereich Gesundheit im Austausch ist. Kontakt und Info: Martin Püschel, mentale-gesundheit@dbsh.net

SOZIALMARIE

Radar für soziale Innovationen in Mittel- und Osteuropa

Im Mai wurde zum zwanzigsten Mal die SozialMarie verliehen. Der Preis zeichnet jedes Jahr 15 soziale Innovationen aus Österreich, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Kroatien und Slowenien aus und verleiht Preisgelder von

insgesamt 54.000 Euro. Die Jury berücksichtigt, ob die Zielgruppe in das jeweilige Projekt einbezogen ist, neue gesellschaftliche Herausforderungen und Lösungsansätze angegangen werden und wie mutig, einflussreich und nachhaltig die Umsetzung von Projektideen verläuft. 2024 geht der erste Preis an Housing First Österreich: 25 NGOs und siebzig gemeinnützige Bauvereinigungen arbeiten mit Finanzierung des Sozialministeriums daran, 2.000 Menschen in eigenen Wohnraum zu begleiten. Weitere Gewinnerprojekte verbinden Theater- und Museumselemente, um mit Beteiligten aus dem Opferschutz oder mit Demenz-Betroffenen Handlungsstrategien zu erarbeiten, Selbstentwicklung zu fördern und Erinnerungen zu bewahren – und gleichzeitig die Öffentlichkeit für Themen wie Demenz oder sexuelle Ausbeutung und Menschenhandel zu sensibilisieren. Weitere geförderte Projekte bieten digitale Unterstützung für pflegende Angehörige (Alles-Clara-App), fördern berufliche Qualifizierung von geflüchteten Ukrainer*innen in der Pflegebranche oder die Ausbildung als Kommunaldolmetscher*in für Menschen, die bereits mehrere Sprachen sprechen und gezielt dafür qualifiziert werden, für Behörden und im sozialen Bereich zu dolmetschen. www.sozialmarie.org

LESERBRIEF ZUM INTERNATIONALEN AUSTAUSCH

Neugier befeuern: „Wie machen es die anderen?“

Das Interview in der FORUM sozial 4/2023 mit dem Kollegen Manuel Lebek habe ich gern gelesen und war sehr erfreut, dass dem internationalen Austausch in der Sozialen Arbeit eine hohe Relevanz bescheinigt wird, andererseits aber auch verwundert, weil die seit 1972 sehr engagierte Arbeit des Council of international Fellowship (CIF) nicht mal erwähnt wird.

CIF International ist eine private, ehrenamtliche, gemeinnützige, politisch und religiös unabhängige Organisation, die 1960 von emigrierten deutschen Sozialarbeiter*innen und Juristen im Rahmen der Reeducation in den USA gegründet wurde. Die Mitglieder sind im Bereich der Human Services in der ganzen Welt tätig. Gemeinsame Erfahrungen sind im Zentrum der Austauschprogramme wie auch

methodische und theoretische Entwicklungen des Berufes. 2022 wurde CIF International von der International Federation of Social Workers mit dem Award in Memory of Andrew Mouravieff-Apostol ausgezeichnet.

Die deutsche Brunch ist eine von 33 Ländervertretungen von CIF International. Sie wurde 1972 gegründet und hat derzeit rund 170 Mitglieder. 2023 haben wir in Hannover die alle zwei Jahre stattfindende Weltkonferenz organisiert, 2025 wird Indien Gastgeber sein. Bei den weltweiten Treffen wird ein intensiver fachlicher Austausch organisiert wie auch auf der systematisch-theoretischen Ebene Stellungnahmen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen abgegeben.

Für 2024 können sich die Mitglieder an den meist zwei bis drei Wochen dauernden Austauschprogrammen in 18 Ländern rund um den Globus bewerben. Die Teilnehmer*innen leben in Gastfamilien und sind Teil einer multinationalen Gruppe von 3 bis 10 Personen. Sie erleben den Alltag Sozialer Arbeit im Gastland und erfahren die Hintergründe der jeweiligen Ausbildungs- und sozialen Sicherungssysteme.

Was am Interview mit dem Kollegen Lebek verwundert ist, dass die Internationalität an den Hochschulen meines Erachtens kaum lebendig gestaltet wird. Ich war mehr als 33 Jahre Hochschullehrer für Soziale Arbeit. Allein die Internationalität der Studierenden war in jedem Studienjahr Anlass genug, soziale Kompetenzen multinational und multikulturell zu erwerben. Ich war immer wieder überrascht, wie wenig die sehr diverse kulturelle Herkunft der Studierenden an den Hochschulen thematisiert und genutzt wurde. Die Erfahrungen mit den offiziellen Austauschprogrammen (zum Beispiel Erasmus, DAAD etc.) sind sicher nicht zu unterschätzen, allerdings versanden sie häufig wieder im streng modulisierten Studienalltag.

Gerade deshalb gilt es, die Internationalität der Sozialen Arbeit von Anfang an als etwas völlig Elementares in der Sozialen Arbeit zu begreifen und die Neugierde auf „Wie machen es denn die anderen?“ zu befeuern.

Mit internationalen Grüßen
Dr. Hubert Jall

Mehr Info: www.cif-germany.de

Fachkräfte, Spezialist*innen, Expert*innen

– wo sie fehlen und woher sie kommen könnten

Wenn Erzieher*innen studieren, um (Kita-) Sozialarbeiter*in zu werden – wer betreut dann die Kinder derjenigen, die in der Sozialen Arbeit berufstätig sind? Verschiebt sich durch Aufstiegsmöglichkeiten der Fachkräftemangel von einem Berufsfeld in ein anderes? Konkurrieren die Arbeitsbereiche der Sozialen Arbeit miteinander; verliert etwa die Jugendhilfe ihr Personal, weil die Arbeitsbedingungen anderswo besser sind? Und wie wirkt sich das für die aus, die bleiben?

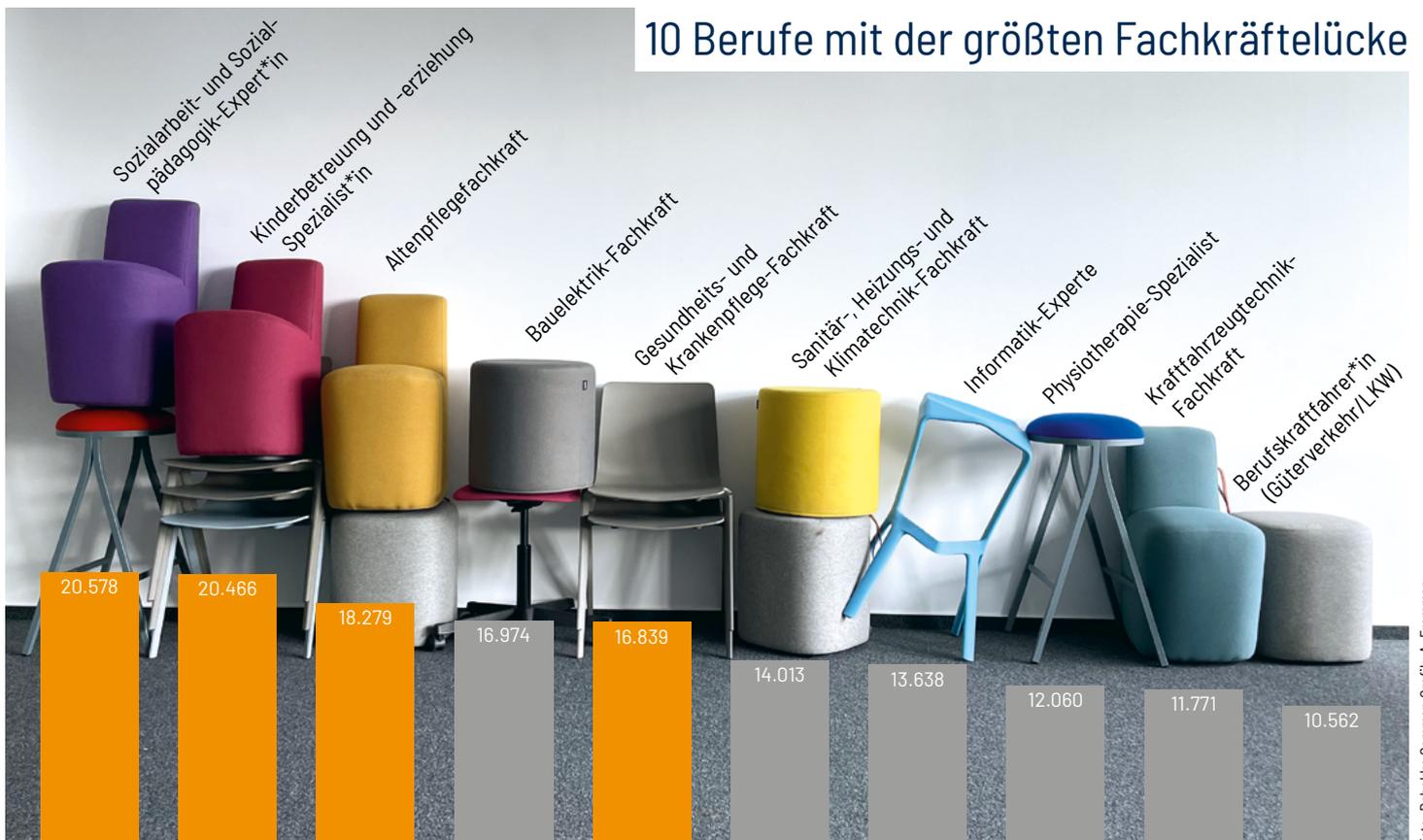
Es ist kaum möglich, die aktuelle Dynamik innerhalb sozialer Berufe zu analysieren, weil es keine einheitliche statistische Langzeitbeobachtung gibt. Je nach Erhebung

werden Erwerbstätige betrachtet, die speziell für die Soziale Arbeit ausgebildet wurden – oder solche, die unabhängig von ihrer Ausbildung in der Sozialen Arbeit tätig sind. Berufsgruppen wie Heilpädagog*innen werden mal einbezogen, mal nicht.

Das statistische Bundesamt klassifiziert Berufe seit 2020 nach der „International Standard Classification of Occupations“ der Internationalen Arbeitsorganisation, die internationale Vergleichbarkeit ermöglichen soll. Die Kennziffern richten sich (auch) nach Komplexität der Aufgaben: Es gibt Anlern- und Helfertätigkeiten, fachlich ausgerichtete Tätigkeiten, komplexe Spezialistentätigkeiten oder hoch komplexe

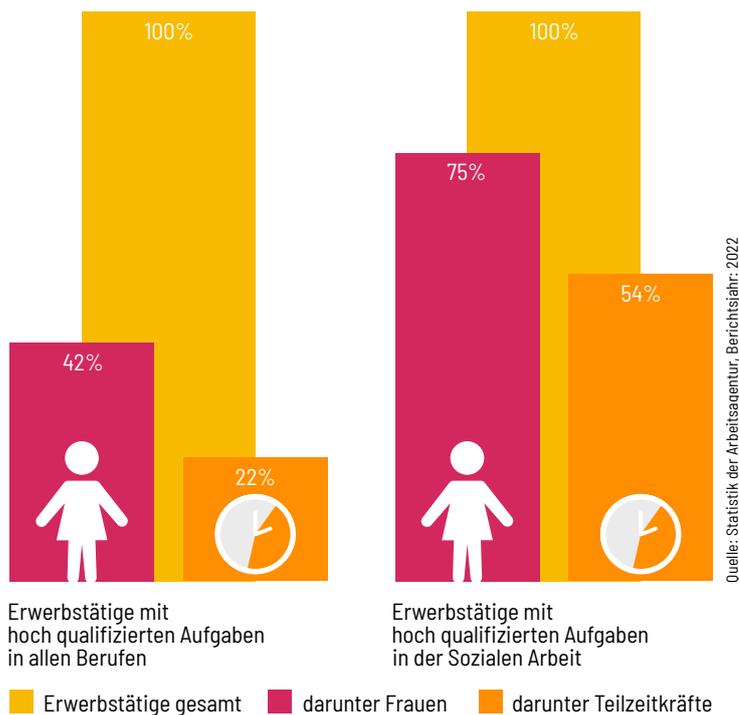
Aufgaben für Expert*innen. Der akademische Status spielt dabei meist keine Rolle: Wer in der Kita arbeitet, kann studiert haben, aber maximal „Spezialist*in“ sein. Dieselbe Person wäre an einer Hochschule womöglich „Expert*in“. Die Hochschulen listen ihre Studierendenzahlen beim Statistischen Bundesamt selbst unter „Sozialarbeit“, „Sozialpädagogik“ oder „Sozialwesen“, wohinter sehr Unterschiedliches oder sehr Ähnliches stecken kann.

Wir können uns also der Frage nur annähern, wie viel Personal in der Sozialen Arbeit fehlt. Klar ist: In der Sozialen Arbeit arbeiten nicht nur Studierende oder die, auf deren Zeugnis „Sozialarbeiter*in“ steht. Meist handelt es sich in der Praxis um interprofessionelle Arbeit auf verschiedenen Qualifikationsniveaus und mit verschiedenen Wissens- und Arbeitsformen, die sich ergänzen, aber auch gut koordiniert werden müssen, um nicht in Wettstreit zueinander zu geraten.



Anzahl fehlender Fachkräfte im Jahr 2022. Quelle: IW-Fachkräftedatenbank auf Basis von Sonderauswertungen der BA und der IAB-Stellenerhebung

Frauen, Teilzeit und Soziale Arbeit



Sozialarbeiter*innen: Wer sind sie – und wie viele?

Laut Mikrozensus arbeiteten im Jahr 2019 insgesamt rund

1,6 Millionen Beschäftigte in sozialen Berufen.

Darunter fielen Sozialarbeiter*innen, Heilpädagog*innen, Erzieher*innen, Tagespflegepersonen, Dorfhelfer*innen, Sozial-, Erziehungs-, Suchtberater*innen oder Sozialassistent*innen (Meyer 2023, S. 233–326).

2022 hatten laut Beschäftigungsstatistik der Agentur für Arbeit

444.000 Erwerbstätige

in der Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialberatung (einschließlich Heilerziehungspflege und Sonderpädagogik) leitende oder hoch qualifizierte Aufgaben, deren Anforderungsprofil einer akademischen Ausbildung entsprach. 347.000 waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt, also nicht etwa verbeamtet, auf Minijobbasis oder freiberuflich tätig (Bundesagentur für Arbeit 2023).

4 Prozent der Erwerbstätigen mit hoch qualifizierten Aufgaben in der Sozialen Arbeit waren im Jahr 2022 selbstständig (ebd.).

Das ist weniger als in der Gesamtbevölkerung: Insgesamt sind in Deutschland 9 Prozent aller Erwerbstätigen selbstständig oder mithelfende Familienangehörige (Statistisches Bundesamt 2023).

Bei gleichen Qualifikationen verdienen Männer in der Sozialen Arbeit mehr als Frauen. Je höher das Gehalt, desto größer der Unterschied: Im unteren Quartil verdienen Frauen 3.523 Euro und Männer 3.757 Euro, was einem Gehaltsunterschied von 6,65 Prozent entspricht. Im oberen Quartil beträgt der

Gehaltsunterschied zwischen Frauen (4.741 Euro) und Männern (5.215 Euro) 10,02 Prozent (Bundesagentur für Arbeit 2022).

Über alle Berufe hinweg liegt der Gender-Pay-Gap bei etwa 9 Prozent.

Drei Viertel der Erwerbstätigen mit hoch qualifizierten Aufgaben in der Sozialen Arbeit waren Frauen, 54 Prozent arbeiteten in Teilzeit. Betrachtet man die Beschäftigten mit komplexem Aufgabenprofil über alle Berufsfelder hinweg, sind davon 42 Prozent Frauen und 22 Prozent Teilzeitkräfte. Man kann also sagen, dass eine höhere Frauenquote in der Sozialen Arbeit mit einer geringeren Pro-Kopf-Arbeitszeit einhergeht (Bundesagentur für Arbeit 2023).

Woher nehmen sie ihr Wissen?

Sozialarbeiter*innen nehmen fast dreimal so oft an Weiterbildungen teil wie die Durchschnittsbevölkerung. 2019 haben sich laut Mikrozensus 31,5 Prozent der Beschäftigten in der Erziehung, Sozialarbeit und Heilerziehungspflege weitergebildet und dafür 24 Stunden pro Jahr aufgewendet (Alsago und Meyer 2023, S. 59).

Mitte der 1990er- bis Mitte der 2000er-Jahre stieg die Zahl der Beschäftigten in der Sozialen Arbeit deutlich, während parallel die Studierendenzahlen eher konstant blieben. 1995 standen 3,55 Beschäftigte in der Sozialen Arbeit einer studierenden Person gegenüber, 2005 waren es 4,55 zu 1. Unter den heute 40- bis 50-Jährigen sind studierte Sozialarbeiter*innen also vergleichsweise unterrepräsentiert (Meyer 2024).

10 Prozent der Sozialarbeitsstudierenden **studierten 2022/23 dual**,

rund 70 Prozent davon an einer privaten Hochschule. Etwa 20 Prozent der Sozialarbeitsstudierenden waren in einem Fernstudiengang eingeschrieben, davon wiederum 84 Prozent an einer privaten Hochschule (Meyer und Braches-Chyrek 2023, S. 514–530).

Rund **10 Prozent** der Sozialarbeitsstudierenden waren in einem **Masterstudiengang** eingeschrieben.

Seit 2017 gibt es die Möglichkeit, in der Fachrichtung Soziale Arbeit zu promovieren. 19 eigenständige Promotionen wurden seither in Hessen abgeschlossen, 82 Sozialarbeitswissenschaftler*innen promovieren derzeit in Sozialer Arbeit in Hessen und Sachsen-Anhalt (Angaben der Promotionszentren).

Wer fehlt – und warum?

Rund ein Viertel der freien Arbeitsstellen für Sozialarbeiter*innen, die 2022 bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet waren, waren befristet. Insgesamt waren 29.000 freie Arbeitsstellen gemeldet, davon 7.880 mit Anforderungsniveau „Expert*in“.

24,53 Prozent konnten nicht besetzt werden

(Bundesagentur für Arbeit 2022a).

Laut dem Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) gab es sogar für 80 Prozent der offenen Stellen in der Sozialen Arbeit 2021/22 bundesweit rechnerisch keine passend qualifizierten Arbeitslosen.

Über 23.000 Fachkräfte fehlten.

Damit war Soziale Arbeit laut dem IW die Berufsgruppe mit der größten Fachkräftelücke – gefolgt von Erzieher*innen, Altenpflege, Bauelektrik, Gesundheits- und Krankenpflege, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Informatik, Physiotherapie, Kfz-Technik und Berufskraftfahrer*innen. Bei all diesen zehn Mangelberufen handele es sich um „typische Männer- oder Frauenberufe, in denen das jeweilige andere Geschlecht nur wenig vertreten ist“ (Hickmann und Koneberg 2022).

2026 tritt deutschlandweit der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an Grundschulen inkraft. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt: Es bräuhete zunächst **45.400 zusätzliche** „sonstige pädagogische Fachkräfte“ (keine Lehrer*innen), um das für alle Schüler*innen leisten zu können (Klemm und Zorn 2017).

Laut Mikrozensus 2019 haben mehr Berufstätige das Feld der Sozialen Arbeit aus anderen Gründen verlassen als aufgrund der regulären Rente (33,1 Prozent): 13,9 Prozent gaben gesundheitliche Gründe an, 7,6 Prozent Vorruhestandsregelungen, 13,7 Prozent Sorgetätigkeiten und 4 Prozent eine Qualifikationsmaßnahme (Alsago und Meyer 2023, S. 25).

Mehr als **77 Prozent von 8.200 befragten Sozialarbeiter*innen**

gaben im Pandemie-Jahr 2022 an, dass sie unter den aktuellen Bedingungen nicht bis zum Renteneintritt in der Sozialen Arbeit arbeiten wollten. 45,2 Prozent gingen krank zur

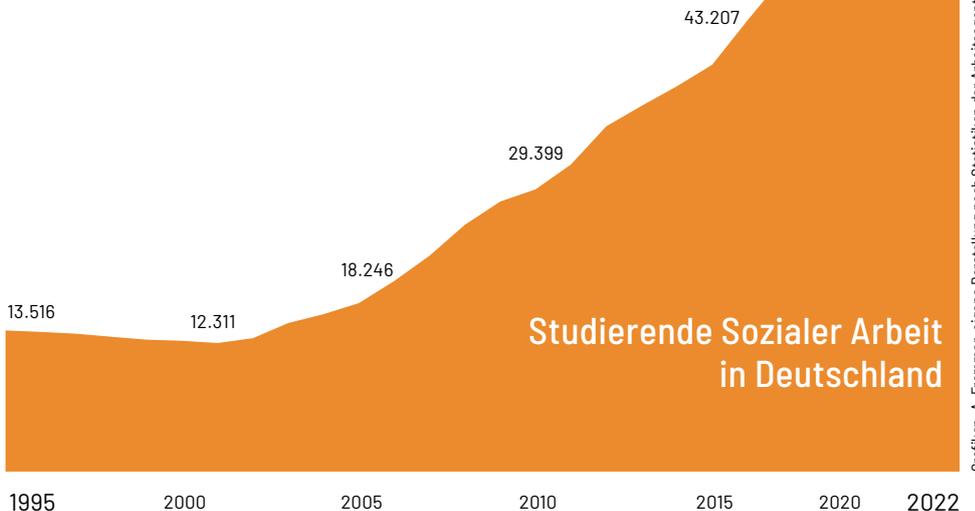
Arbeit, 42,4 Prozent verzichteten auf die gesetzlichen Ruhepausen, 15,1 Prozent leisteten mindestens fünf Überstunden pro Woche (Alsago und Meyer 2023). Gleichzeitig zeigte sich eine Zunahme an psychischer wie physischer Gewalt zwischen Nutzer*innen und Beschäftigten, was den hohen Druck in den Einrichtungen deutlich macht (Meyer 2023, S. 373–377).

Nur **8,7 Prozent Sozialarbeiter*innen**,

die während der Pandemie ihren Job wechselten, begründeten das mit einer besseren Bezahlung. 13,8 Prozent nannten Konflikte innerhalb des Teams und 21,4 Prozent den Wunsch nach besseren Arbeitsbedingungen im Allgemeinen (Alsago und Meyer 2023, S. 24).

In den Inobhutnahmestellen für Kinder und Jugendliche, die vom Jugendamt aus ihren Familien herausgenommen werden, hat **2022 und 2023 die Hälfte der Teams die jeweiligen Einrichtungen verlassen.** Neue Mitarbeitende wurden aufgrund der herausfordernden Arbeitsbedingungen wie Schichtdienst oder Arbeit mit psychisch belasteten Adressat*innen oft nicht gefunden (Meyer).

Wer kommt?



Die Zahl der Sozialarbeitsstudierenden hat sich zwischen 1995 und 2022 fast versechsfacht. 1995 war jede*r 140. Student*in im Fach Soziale Arbeit eingeschrieben, 2022 etwa jede*r 36. (Statistisches Bundesamt 2024). Die Zahl der Studierenden über alle Fächer hinweg ist in der Zeit „nur“ um das 1,5-Fache gestiegen. Dies kann man einerseits so deuten, dass Soziale Arbeit als Beruf an Bedeutung gewonnen hat – andererseits bedeutet mehr akademische Bildung nicht gleich, dass es mehr soziale Fachkräfte in der Gesellschaft gibt. Offen bleibt, ob der Anstieg der Studierenden in der Sozialen Arbeit weiter anhalten wird.

In etwa fünf Jahren wird die Zahl derjenigen, die 65 Jahre alt sind, in den Berufsfeldern der (Heil-)Erziehung und Sozialarbeit ihren Höchststand erreicht haben. Da das Rentenalter ab 2024 schrittweise auf 67 Jahre angehoben wird, kann man – unter gleichbleibenden Bedingungen – davon ausgehen, dass die Zahl der altersbedingten Berufsausstiege noch sieben Jahre ansteigen und dann allmählich wieder sinken wird. Erstmals im Jahr 2048 läge die Zahl derjenigen, die zur Regelzeit in Rente gehen, wieder unter dem Wert von heute. Dann wird die Hälfte derjenigen in Rente gegangen sein, die 2019 in den Berufsfeldern der (Heil-)Erziehung und Sozialarbeit arbeiteten.

Welche Lösungen werden diskutiert?

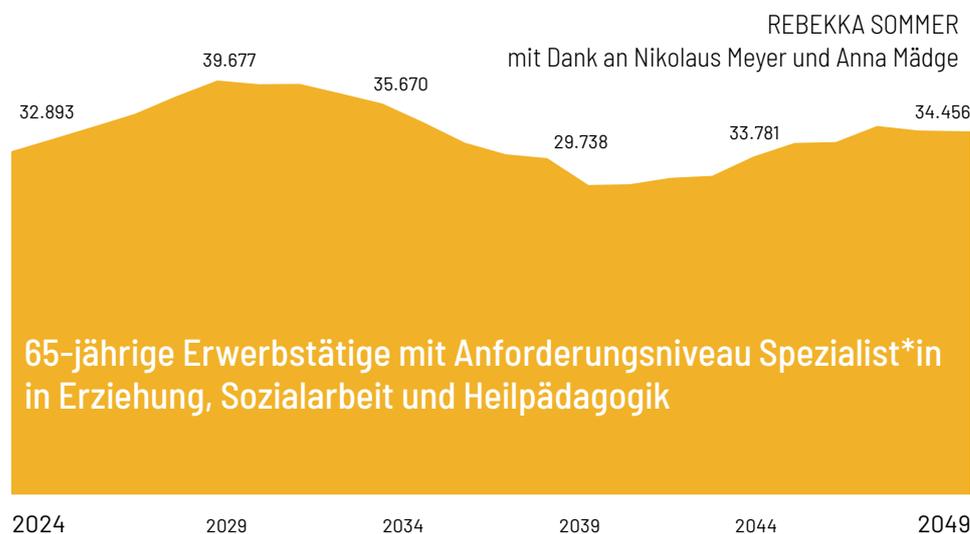
2019 wünschten sich laut Mikrozensus Berufstätige in Heimen und im Sozialwesen 2,1 mehr Stellenprozente. Den Wunsch nach Mehrarbeit gibt es laut dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales auch in anderen Wirtschaftsbereichen mit hoher Teilzeitquote (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2024).

Ein Forschungsbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales untersuchte drei Szenarien, ob und wie das Arbeitskräftepotenzial erhöht werden könnte: indem die Erwerbsquote von Frauen, Älteren und nicht deutschen Arbeitskräften gesteigert wird. Als ein Indikator wird die Dauer der Vakanz von Stellen herangezogen.

Wir stellen hier exemplarisch Ergebnisse für soziale Berufe dar:

Wenn 2024 10 Prozent mehr Frauen als heute in der BRD erwerbstätig wären, könnte die Suche nach geeigneten Bewerber*innen in Erziehung, Sozialarbeit und Heilerziehungspflege in 15 Jahren einen Tag kürzer dauern. Während die Erwerbsquote stiege, würde aber aufgrund des demografischen Wandels die Zahl der erwerbstätigen Frauen längerfristig wieder sinken. Zudem ist die Voraussetzung für dieses Szenario, dass

Wer geht?



es ausreichend institutionelle Betreuung für Kinder und pflegende Angehörige gibt. Ähnliches gälte, wenn Ältere mehr Stunden arbeiten würden oder länger im Beruf blieben. Mit Blick ins Jahr 2040 sind also höhere Erwerbsquoten bei Frauen und älteren Arbeitnehmer*innen nicht „die Lösung“ (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2024).

Wenn ebenso viele Menschen mit **nicht deutscher wie deutscher Staatsangehörigkeit** in erzieherischen und sozialen Berufen arbeiten würden, könnte jedoch auch 2040 noch die Suche nach Fachkräften einen Tag kürzer ausfallen als heute. Diese „stille Reserve“ an potenziellen Fachkräften mit nicht deutscher Staatsbürgerschaft ist wiederum überwiegend weiblich (ebd.).

An dieser Stelle endet die Statistik: mehr Zahlen haben wir nicht. Natürlich aber viele Überlegungen, Projekte und Ideen, wie Fachkräfte gefunden – oder vielmehr Fachlichkeit in der Sozialen Arbeit gesichert werden kann. Viele Träger und Wohlfahrtsverbände setzen darauf, Fachfremde zu qualifizieren und Menschen innerhalb der sozialen Berufe höher zu qualifizieren. Denn: Quantitatives Wachstum oder veränderte Arbeitszeiten können nicht der einzige Schlüssel sein, um soziale Probleme zu bewältigen. Es braucht gezieltes Talentmanagement und Gestaltungswissen, um vielseitige Wege in und innerhalb der sozialen Berufe zu ermöglichen, Fachlichkeit und ethische Grundlagen zu erhalten – und so auch einen nachhaltigen Mehrwert für die Gesellschaft zu schaffen.

LITERATURVERZEICHNIS

Alsago, Elke/Meyer, Nikolaus (2023): Prekäre Professionalität, Opladen, Berlin und Toronto: Verlag Barbara Budrich.

Meyer, Nikolaus/Braches-Chyrek, Rita (2023): Privatisierungstendenzen in der Sozialen Arbeit. Empirische Befunde zu den Qualifizierungsangeboten in der Sozialen Arbeit, in: Soziale Passagen 2/2023, S. 514–530.

Bundesagentur für Arbeit (2019): Alterspyramide Beschäftigte, [online] <https://kurzelinks.de/ok6l> [abgerufen am 28.02.2024].

Bundesagentur für Arbeit (2022a): Fachkräftebedarf, [online] <https://kurzelinks.de/59hp> [abgerufen am 28.02.2024].

Bundesagentur für Arbeit (2022b): Entgeltatlas, [online] <https://web.arbeitsagentur.de/entgeltatlas> [abgerufen am 28.02.2024].

Bundesagentur für Arbeit (2023): Blickpunkt Arbeitsmarkt: Akademikerinnen und Akademiker, Kapitel 2.7, [online] <https://kurzelinks.de/xqzr> [abgerufen am 28.02.2024].

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2024): Forschungsbericht 631: Szenarien über die Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials, [online] <https://kurzelinks.de/t85d> [abgerufen am 28.02.2024].

Hickmann, Helen/Koneberg, Filiz (2022): Die Berufe mit den aktuell größten Fachkräftelücken, in: IW-Kurzbericht 67/2022, [online] <https://kurzelinks.de/ybll> [abgerufen am 28.02.2024].

Klemm, Klaus/Zorn, Dirk (2017): Gute Ganztagschule für alle. Kosten für den Ausbau eines qualitativ hochwertigen Ganztagschulsystems in Deutschland bis 2030, [online] <https://kurzelinks.de/likz> [abgerufen am 28.02.2024].

Meyer, Nikolaus (2024): Die Privatisierung der Qualifizierung für die Soziale Arbeit, in: Franz, Julia/Spatscheck, Christian/van Rießen, Anne (Hg.): Fachkräftemangel und De-Professionalisierung in der Sozialen Arbeit – Analysen und Bestandsaufnahmen, Opladen: Budrich (DGSA-Schriftenreihe „Theorie, Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit“), angenommen.

Meyer, Nikolaus (2023a): Gewalt in Einrichtungen der Sozialen Arbeit, in: Sozial Extra 47/2023, S. 373–377.

Meyer, Nikolaus (2023b): Das Personal der Sozialen Arbeit – eine Vermessung, in: Soziale Sicherheit. Zeitschrift für Arbeit und Soziales 8–9/2023, S. 233–326.

Meyer, Nikolaus (2024): Soziale Arbeit am Ende. Ein Gastbeitrag, in: Evangelischer Pressedienst (Hrsg.): epd Sozial (5), [online] <https://kurzelinks.de/secm> [abgerufen am 08.03.2024].

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2023): Aktuelle Statistiken, [online] <https://statistik.arbeitsagentur.de> [abgerufen am 28.02.2024].

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024): Studierende nach dem ersten angegebenen Studienfach.

§ 8 A – FEHLEINSCHÄTZUNG

Aufarbeitungsprozesse begleiten – aber wie?

Wo Menschen arbeiten, können Fehler passieren. Sicher kennen manche FORUM-sozial-Leser*innen Fälle, in denen aufgrund von Fehleinschätzungen eine Kindeswohlgefährdung gemeldet wurde, es vielleicht sogar zu einer Inobhutnahme kam. Doch welche Folgen hat das für betroffene Familien? Wie können Sozialarbeiter*innen den Aufarbeitungsprozess unterstützen, Vertrauen wiederherstellen, Selbsthilfekräfte aktivieren? Wie kann Wiedergutmachung aussehen? Solche Fragen stellt eine Leserin der FORUM sozial, die selbst Pädagogin ist, lange in der Jugendhilfe gearbeitet hat und nun als Mutter eine solche Situation erlebt hat. Sie vergleicht es mit „dem Gefühl, wenn man ein Geschäft verlässt und es plötzlich laut zu piepen anfängt: Man weiß, man hat nichts geklaut – und doch kommt ein Moment der Panik. Nur dass der innere Aufruhr viel länger anhält.“

Es begann mit einer Beratung, die die Mutter von zwei Kindern selbst suchte. „Unserer Familiendynamik hatte sich verändert und ich wollte nichts übersehen“, schreibt sie an unser Redaktionspostfach. Die Beraterin in einem Kinderschutzzentrum war „jung, jünger als ich“, wirkte engagiert. Und doch fühlte sich etwas komisch an. Die beratende Kollegin habe viel in ihren Block

geschrieben, wenig Blickkontakt gehalten oder nachgefragt und nach drei Terminen vorgeschlagen, beim Jugendamt eine Familienhilfe zu beantragen. Die Ratsuchende beendete die Hilfe, begründet mit ihrem unangenehmen Gefühl – und die 8a-Meldung ging raus. Diagnose: Überforderung, Überfürsorglichkeit, Ausgebranntsein der Alleinerziehenden, deren Baby sich angeblich selbst verletzte. „Es patschte sich während der Beratung vielleicht mal gegen den Kopf“, sagt die Betroffene, immer noch fassungslos. Im Jugendamt wurde der Fall schnell wieder geschlossen. „Haben wir hier öfter mal, dass sich jemand was zusammenkonstruiert“, sagt die dort Zuständige, „SGB VIII oder Familienhilfe sind nichts für Sie.“

Was geholfen habe: viele professionelle Akteur*innen der Sozialen Arbeit, die Verständnis zeigten und dabei halfen, etwa gegenüber der Schule des Kindes den Verdacht „Kindeswohlgefährdung“ glaubwürdig zu entkräften und hoch sensible Daten aus der Akte des Jugendamts löschen zu lassen. Was nachhaltig belastet ist, wie kafkaesk die ganze Erfahrung war: „Wirke ich zu rechtfertigend, entsteht der Eindruck, ich hätte etwas zu verbergen. Kritisiere ich die Beraterin, wirkt es wie elterlicher Widerstand, um der Wahrheit nicht ins Auge sehen zu müssen, oder als Reaktion narzisstischer Kränkung. Egal wie ich es ausdrücke, ich habe schon verloren.“ Es hilft, über die Erfahrung zu reden und zu schreiben. So kam die Betroffene aber auch mit anderen

Betroffenen und Anwält*innen in Kontakt und erfuhr, dass Single-Mütter einer Studie des Soziologen Wolfgang Hammer zufolge besonders oft von solchen Fehleinschätzungen betroffen sind; vielleicht weil sie anders gelesen, bewertet und wahrgenommen werden.

Wieso die Leserin sich an die FORUM-sozial-Redaktion wendet? Weil sie mit dem Wissen, das sie zwangsläufig sammeln musste, wenigstens anderen helfen will. Wer von ihr hören oder lesen will, was die wichtigsten Schritte sind, um eine ungerechtfertigte Gefährdungsmeldung aufzuarbeiten, dazu forschen oder publizieren möchte, kann sich an redaktion@dbsh.de wenden und wird weitergeleitet.

Anzeige

**Welche Jugendhilfe brauchen Jugendliche?****Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit 1/2024**

Armut, Einsamkeit, Geschlechtsidentitäten, Flucht, Digitalisierung, Extremismus, Inklusion, „Klimaangst“: die Lebens- und Problemlagen Jugendlicher wandeln sich und erfordern spezifische Angebote der Jugendhilfe. In diesem Themenheft werden die Anforderungen an die Jugendhilfe erörtert und innovative Ansätze aus der Praxis vorgestellt.

88 Seiten, 18,20 Euro, für Mitglieder des Deutschen Vereins 14,50 Euro.
ISBN 978-3-7841-3702-5



Bestellen Sie versandkostenfrei im
Online-Buchshop: www.verlag.deutscher-verein.de

Deutscher Verein
für öffentliche und
private Fürsorge e.V.

DEBATTE UM PAS

„Durchaus gefährlich“

Seit einiger Zeit wird wieder über das Parental Alienation Syndrom (PAS) diskutiert, obwohl es eigentlich als überwunden galt. Dabei geht es um komplexe Dynamiken in Trennungsfamilien – die nicht vereinfacht werden dürfen.

■ *Frau Walper, das Bundesverfassungsgericht hat letzten Herbst den Beschluss eines Oberlandesgerichts als gegenstandslos erklärt, das einem Vater das alleinige Aufenthaltsbestimmungsrecht für seine zwei Kinder zuwies. Was bedeutet dieses Urteil?*

SABINE WALPER: Vor allem dass man wirklich sehr genau hingucken muss, wenn Kinder den Kontakt zu einem getrennt lebenden Elternteil nicht wollen. Das sogenannte Parental Alienation Syndrom (PAS), das als Grundlage für die Entscheidung des Oberlandesgerichtes diente, wird im Bundesverfassungsgericht als überholt und widerlegt betrachtet. PAS unterstellt, dass der hauptbetreuende Elternteil (also in dem Fall die Mutter) eine Gehirnwäsche bei den Kindern betreibt, sodass diese nicht mehr wissen, was ihre Bedürfnisse sind, und den anderen Elternteil unbegründet zurückweisen. Doch diese Annahme ist zu pauschal und ignoriert, dass die Ablehnung des Kontakts durch das Kind auch begründet sein kann und auf jeden Fall ernst genommen werden muss. Kinder einfach zu einem Elternteil zu schicken, mit dem sie vorher keinen guten Kontakt hatten, kann nicht die Lösung sein, sondern schadet eher dem Kindeswohl.

Ich will nicht behaupten, dass das PAS-Phänomen nicht existieren kann. Aber es gibt keine Evidenz dafür, wie viele Fälle diesen Kriterien entsprechen. Kinder können in Koalitionsdruck geraten, wenn Eltern negative Vorstellungen übereinander verbreiten. Das gibt es in vielen Konstellationen, auch Paarfamilien. Mit dem PAS wird angenommen, dass nur ein Elternteil gegen den anderen agiert. Unsere Daten und die aus anderen Ländern zeigen aber übereinstimmend, dass sich in hoch strittigen Fällen oft beide Eltern verhärtet oder feindselig gegenüberstehen. Außerdem kann es legitime Gründe geben, warum ein Elternteil gegenüber Kontakten des Kindes zum anderen

Elternteil skeptisch ist, wenn etwa Gewalterfahrungen vorliegen.

■ *In Ihrem Whitepaper „Verdorbenen Wein in neuen Schläuchen“ argumentieren Sie mit anderen Wissenschaftler*innen dafür, das vereinfachende Konzept der Eltern-Kind-Entfremdung hinter sich zu lassen. Warum erlebt das Phänomen gerade eine wissenschaftliche und mediale Wiedergeburt?*

WALPER: Das PAS-Konzept wurde Mitte der 1980er-Jahre vom amerikanischen Kinderpsychiater Richard Gardner vorgelegt und bis in die 2000er-Jahre wissenschaftlich intensiv diskutiert. Befürworter*innen wollten es als Diagnose psychischer Erkrankungen in das ICD-System einbringen. Das wurde abgelehnt, mehrere Studien haben das Konzept widerlegt. Daher hat es uns überrascht, dass wissenschaftliche Autor*innen es 2022 plötzlich wieder hervorholten. Mit unserem Whitepaper weisen wir darauf hin, dass es inzwischen ein sehr viel differenzierteres Instrumentarium gibt, um Kontaktprobleme zwischen getrennt lebenden Eltern und Kindern zu analysieren. Außerdem kann das PAS als Kampfbegriff missbraucht werden, um Mütter im Streit um das Kind zu diffamieren und dem noch einen wissenschaftlichen Anstrich zu verleihen. PAS ist also durchaus gefährlich. Einige Analysen deuten darauf hin, dass Narrative wie das der manipulierenden, entfremdenden Mutter sich verstärkt in Gruppierungen wiederfinden, die politisch weit rechts stehen und sich demokratieskeptisch äußern.

Ich glaube, wir Menschen haben ein großes Bedürfnis danach, komplexe Dinge zu verstehen, und einfache Deutungen mit vermeintlich einfachen Lösungen erhalten hierbei vielfach die Vorfahrt. Als die Fachwelt in den 1990er-Jahren begann, sich mit Fällen von Kontaktverweigerung zu befassen, war es in Deutschland noch die Regel, dass Kinder nach einer Trennung bei einem Elternteil – weit mehrheitlich der Mutter – blieben. Wir haben lange Zeit damit gelebt, dass etwa ein Drittel der Kinder den Kontakt zum anderen Elternteil – dem Vater – verlor. Das war ein gesellschaftlich legitimer Weg,



Foto: Stefan Obermeier

Prof. Dr. Sabine Walper ist Vorstandsvorsitzende und Direktorin des Deutschen Jugendinstituts e. V. Den Dialog mit Politik und Fachpraxis suchte sie schon als junge Wissenschaftlerin.

um Konflikte zu vermeiden. Als Richard Gardner das PAS als Denkkonstrukt publik machte, gab er enttäuschten Eltern etwas an die Hand – und auch für Fachleute war sicher erst mal die Vorstellung faszinierend, Kindern helfen zu können, ihre wahren Bedürfnisse nach beiden Eltern zu erkennen und zu erfüllen.

Inzwischen gilt es gesellschaftlich als normal, wenn beide Eltern sich nach einer Trennung um ihre Kinder kümmern, und wir haben einen politischen Kampf darüber, ob das Wechselmodell, bei dem Kinder abwechselnd bei beiden Eltern leben, zur Norm werden soll. Einige sagen ja, weil es die Bindung zu beiden Eltern fördert. Andere meinen nein, da es nicht für alle Familien und für alle Kinder geeignet ist und finanziell schwächere Eltern benachteiligen könnte, solange die Rollen und das Einkommen zwischen Männern und Frauen noch so ungleich verteilt sind. Auf jeden Fall schauen wir gerade wieder sehr intensiv auf die Situation in Trennungsfamilien. Es bleibt

kompliziert und klappt nicht überall, dass Eltern nach einer Trennung mit einer engen Beziehung zu ihren Kindern leben können. Vielleicht sprechen wir deshalb auch wieder vereinfachend über Konzepte wie PAS.

■ *Inwiefern hilft es, von „Kontaktproblemen“ statt „Entfremdung“ zu sprechen?*

WALPER: „Entfremdung“ setzt voraus, dass es schon mal eine Vertrautheit gab. Kinder haben aber nicht von Natur aus eine enge Bindung an ihre Eltern, sondern die Bindung wird hergestellt, indem sich Eltern feinfühlig verhalten und Sicherheit vermitteln. Der Begriff „Kontaktprobleme“ beschreibt daher besser, worum es geht und was Kinder brauchen. Etwa 8 Prozent der Trennungen finden noch in der Schwangerschaft statt. Da passt der Begriff „Entfremdung“ nicht, wenn ein Elternteil den Umgang mit seinem Kind einfordert. Kontaktprobleme können auch damit zu tun haben, dass ein Elternteil verabredete Besuche nicht einhält, sich wenig einfühlsam verhält und dem Kind keine Sicherheit vermittelt.

Wenn ein Kind klar den Kontakt nicht möchte, muss man das sehr ernst nehmen. Man kann dann versuchen, die Beziehung etwa durch begleiteten Umgang aufzubauen, damit es die Chance hat, die positiven Anteile der Kontakte zu sehen. Dafür, dass das gelingt, gibt es aber keine Garantie. Und es ist wichtig, auch den abgebenden Elternteil zu beraten, wenn da Ängste und Sorgen um das Wohlergehen des Kindes bestehen; egal ob die berechtigt sind oder nicht. Auf keinen Fall ist es damit getan, den Lebensmittelpunkt der Kinder plötzlich dorthin zu verlagern, wo die Kinder nicht hinwollen.

■ *Eine Studie hat rund 700 Inobhutnahmen untersucht, in denen „gesunde und sozial gut integrierte Kinder“ von ihren alleinerziehenden Müttern getrennt wurden. In 90 Prozent der untersuchten Fälle wurde das mit einer zu engen Mutter-Kind-Bindung begründet, wofür es der Studie zufolge keine Belege gab. Hinweise auf sexuelle oder gewalttätige Übergriffe seien oft als Falschaussagen der Mütter gewertet und Ärzt*innen sei von Jugendamtsmitarbeiter*innen geraten*

worden, sich von den Müttern nicht manipulieren zu lassen. Viele dieser Fälle hätten gemeinsam, dass mit dem PAS argumentiert wird, was die Beschuldigten widerlegen müssen – in der Logik der PAS-Theorie sei das aber kaum möglich, weil den Beschuldigten ja bereits Manipulation unterstellt wird (Hammer 2022).

*Was raten Sie Sozialarbeiter*innen in der Trennungs- oder Familienberatung, die eine solche Ohnmacht oder Angst vor den entprechenden Narrativen miterleben und begleiten?*

WALPER: Das ist wirklich schwierig. Ich kenne Fälle, in denen häusliche Gewalt gegen Kinder vor Gericht gar nicht erst vorgebracht wurde, aus Angst, dass dies als strategisches Mittel gewertet und in der Argumentationslogik umgekehrt werden könnte. Erst recht gilt das für Gewalt in der (Ex-)Partnerschaft, die lange in ihrer verängstigenden und belastenden Wirkung auf Kinder unterschätzt wurde. Hier sind aber Änderungen im Kindschaftsrecht vorgesehen, die einen besseren Schutz vor häuslicher Gewalt in Sorge- und Umgangsverfahren bieten sollen.

Die Trennungsberatung hat zum Teil schon gute und sensible Konzepte entwickelt, aber das Wissen muss beständig weitergeführt werden. Diejenigen, die intensive Schulungen gemacht haben, gehen in den Ruhestand und neue Kolleg*innen müssen erst hineinflinden. Wir sehen in der Arbeit mit hoch strittigen Trennungseltern viel Unsicherheit bei Berater*innen.

Man ist sehr schnell in der Gefahr, vor allem die Eltern in den Blick zu nehmen, wenn sie sehr verstritten sind. Das raubt Energie, vielleicht hat man auch wenig Zeit und will die Kinder nicht in Konflikte hineinziehen. Das Kunststück ist, trotzdem einen eigenen, unverstellten Blick auf die Kinder zu bewahren, unvoreingenommen zu hören, was sie sagen, sich wünschen, aber auch zu sehen, was ihre Bewegungsspielräume sind. Jüngere Kinder brauchen entwicklungsbedingt einen verlässlichen Bezugspunkt. Mit zunehmendem Alter können sie unabhängige Positionen einnehmen, wenn Eltern sich feindselig gegenüberstehen. Das ist dann aber oft auch der Zeitpunkt, an dem sie

sich von beiden Eltern verabschieden. Das betonen wir in der Arbeit mit Trennungseltern: Der Elternteil, der am meisten am Kind zieht, ist meistens auch derjenige, von dem sich Kinder am stärksten distanzieren. Wenn in Beratungen parallel mit Kindern und Eltern gearbeitet wird, bringt es oft auch Bewegung ins System, wenn die Berater*innen den Eltern rückspiegeln, was die Kinder gesagt haben.

Wir nehmen gerade mit dem Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen und mit Kerstin Claus, der unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, das Thema körperliche, psychische und sexuelle Gewalt in Familien sehr intensiv in den Blick. Übergriffe im Kontext von Familien sind sehr viel schwerer zu sehen als das, was sich in Institutionen abspielt. Auf jeden Fall brauchen wir eine hinreichende Sensibilität und keine einfachen, sondern kindgerechte Lösungen, die auch der Situation ihres hauptbetreuenden Elternteils Rechnung tragen. Selbst wenn keine Gewalt im Spiel ist, darf es nicht sein, dass Kinder im Sinne einer Konversations-therapie zum anderen Elternteil wechseln müssen oder in Pflegefamilien oder Heimen untergebracht werden, um sie zu bekehren. Das ist Kindeswohlgefährdung.

Interview: REBEKKA SOMMER

LITERATURVERZEICHNIS

Hammer, Wolfgang (2020): Familienrecht in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme, [online] www.familienrecht-in-deutschland.de [abgerufen am 25.03.2024].

Zimmermann, Janin/Fichtner, Jörg/Walper, Sabine/Lux, Ulrike/Kindler, Heinz (2023): Verdorbener Wein in neuen wissenschaftlichen Schläuchen. Warum wir allzu vereinfachte Vorstellungen hinter uns lassen müssen, in: Kindschaftsrecht und Jugendhilfe 2/2023, S. 43–48 und 3/2023, S. 83–89, [online] <https://kurzlinks.de/h2bv> [abgerufen am 25.03.2024].